

Schreiben des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie über die europäische Integration (Altena, 4. Februar 1956)

Legende: Am 4. Februar 1956 richtet Fritz Berg, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, ein Schreiben an Bundeskanzler Konrad Adenauer, in dem er seine Besorgnis angesichts der Fortsetzung der europäischen Integration im Bereich der Kernenergie zum Ausdruck bringt, die zu Lasten der anderen von den Sechs auf der Konferenz von Messina benannten Bereiche geht.

Quelle: Bundesarchiv, Koblenz, Potsdamer Str. 1 56064 Koblenz. <http://www.bundesarchiv.de>, Bundesministerium für den Marshallplan, BArch B 146/591-594.

Urheberrecht: Bundesarchiv Koblenz

URL:

http://www.cvce.eu/obj/schreiben_des_prasidenten_des_bundesverbandes_der_deutschen_industrie_uber_die_europaische_integration_altena_4_februar_1956-de-181adfc1-2d94-4e7e-a10c-d4bada3a117a.html



Publication date: 05/11/2015

Schreiben des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie über die europäische Integration (Altena, 4. Februar 1956)

An den Kanzler der Bundesrepublik Deutschland Herrn Dr. Konrad Adenauer
Bonn

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!

Die bevorstehenden Entscheidungen auf dem Gebiet der europäischen Integration, die dadurch gekennzeichnet sind, daß in aller Kürze mit der Erstattung des Abschlußberichtes der Brüsseler Sachverständigen an die Ministerkonferenz gerechnet werden muß, sind von derartiger Tragweite, daß das Präsidium des BDI in seiner letzten Sitzung die Einsetzung einer "Präsidialkommission für Fragen der europäischen Integration" beschlossen hat. Den Vorsitz dieser Präsidialkommission habe ich selbst übernommen. Die Präsidialkommission hat heute zum ersten Mal getagt, um noch vor meiner Fernostreise zu den anstehenden Problemen Stellung zu nehmen.

Bei den Beratungen dieser Präsidialkommission sind Sorgen geäußert worden, die augenblicklich in weitesten Kreisen der deutschen Industrie bestehen. Sie stehen im Zusammenhang mit Bestrebungen, die Atomenergie zeitlich bevorzugt zu behandeln und die Verträge über die Atomenergie vor den übrigen auf Grund der Messina-Beschlüsse zu fassenden Verträgen zu verabschieden.

Meine Freunde und ich haben die sehr ernste Besorgnis, daß sich schließlich für die Ratifizierung der übrigen Verträge, insbesondere desjenigen über den Gemeinsamen Markt, keine Mehrheit mehr finden wird, wenn erst einmal der Atomvertrag gesondert unter Dach und Fach ist.

Ich kann daher nicht eindringlich genug darauf hinweisen, daß die Beschlüsse von Messina als eine Einheit gedacht waren und auch als eine Einheit behandelt werden müssen. Die deutsche Industrie hat in der Frage der Atomenergie erneut ihre wirtschaftlichen Bedenken zurückgestellt und grundsätzlich einem Zusammenschluß der sechs Montanunionsländer auf dem Gebiet der Atomenergie, sowie gewissen damit verbundenen institutionellen Einrichtungen zugestimmt. Sie ist bei dieser Zustimmung aber von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Atomenergie ein Teil des Gemeinsamen Marktes sein wird, wie ihn die Beschlüsse von Messina in großen Rahmen umrissen haben. Eine Schaffung einer neuen Teilunion auf dem Gebiet der Atomenergie würde wirtschaftlich großen Schwierigkeiten begegnen. Sie würde politisch aber voraussichtlich tödlich für den Gedanken der europäischen Einigung überhaupt wirken. Denn wenn nach der Ablehnung der EVG und im Zusammenhang damit der Europäischen Politischen Gemeinschaft auch der Gemeinsame Markt in seiner jetzigen Fassung der Ablehnung verfallen würde, könnte ich mir nicht vorstellen, wie auf die dann gescheiterte *relance européenne* von Messina noch einmal eine weitere *relance européenne* folgen sollte. Daß die Gefahr der Ablehnung des Gemeinsamen Marktes außerordentlich groß ist, wenn durch eine Vorabbehandlung der Atomfrage die Einheit der Messinabeschlüsse zerstört werden sollte, ist aber nach den Erfahrungen, die mit den Bemühungen um die europäischen Integration bisher gemacht wurden, leider nur zu offenkundig.

Wenn keine Vorstöße von Seiten irgendeiner Regierung - etwa auf der nächsten Ministerkonferenz - erfolgen sollten, dürfte damit zu rechnen sein, daß im Schlußbericht der Sachverständigen, entsprechend dem in Messina erteilten Auftrag, die Atomfrage gemeinsam mit den übrigen Fragen behandelt wird. Sollten aber Anträge gestellt werden, die auf eine gesonderte Behandlung der Atomfrage hinzielen, so kann ich Sie, sehr verehrter Herr Bundeskanzler nicht dringend genug darum bitten, daß die Bundesregierung diesen Anträgen entschiedenen Widerstand entgegensetzen möge.

Gespräche, die ich in den letzten Tagen im In- und Ausland führen konnte, haben mir gezeigt, daß maßgebende Persönlichkeiten der Politik eine Trennung der Atomfrage von den übrigen in den Messinabeschlüssen behandelten Fragen, insbesondere vom Gemeinsamen Markt, ebenso ablehnend gegenüberstehen wie meine industriellen Freunde und ich. Die Gefahren, die in einer solchen Trennung liegen würden, erschienen mir aber so groß, daß ich mich für verpflichtet hielt, Ihnen meine und meiner Freunde entscheidende Bedenken hiergegen vor meiner Abreise noch einmal darzulegen.

Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung
Ihr Ihnen stets sehr ergebener
Gez. Fritz Berg